

NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Kooperation verlängert: Klinikzentrum Westerstede

Boris Pistorius (SPD) unterzeichnet Vertrag

Die Erfolgsgeschichte des Klinikzentrums Westerstede geht weiter. Der Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hat mit seiner Unterschrift den Kooperationsvertrag zwischen der Ammerland-Klinik und dem Bundeswehrkrankenhaus offiziell verlängert.

Das Kooperationsmodell der beiden Kliniken ist deutschlandweit einmalig. Seit mehr als 15 Jahren arbeiten die Ammerlandklinik und das Bundeswehrkrankenhaus Hand in Hand. In dem sogenannten Klinikzentrum Westerstede werden sowohl Soldatinnen und Soldaten als auch Patientinnen und Patienten versorgt. Zusammenarbeitet wird auf medizinischer, technischer und infrastruktureller Ebene. Besonders vom in-

terdisziplinär kombinierten Angebot beider Häuser zeigte sich der Bundesminister beeindruckt und lobte das einzigartige Konzept und die gelebte Umsetzung des Erfolgsmodells in Westerstede.

Nicht nur für die Bundeswehr, auch für die Region ist die vorzeitige Verlängerung des Kooperationsvertrags ein wichtiges Zeichen. Damit ist die Gesundheitsversorgung im Ammerland für die Zukunft gesichert. Die Laufzeit des Vertrags wurde vorzeitig bis zum Jahr 2054 verlängert. Ich freue mich, dass der Minister meinem Vorschlag gefolgt ist, für die Vertragsunterzeichnung persönlich ins Ammerland zu kommen und sich die Klinik bei einem gemeinsamen Rundgang zeigen zu lassen.

Moin!

Zwei Jahre nach dem russischen Überfall stehen wir weiterhin fest an der Seite der Ukraine! Am Ende müssen die territoriale Souveränität und Integrität der Ukraine gesichert sein. In ihrem Freiheitskampf werden wir die Ukraine deshalb auch zukünftig militärisch, wirtschaftlich und humanitär unterstützen.

Das hat auch Boris Pistorius (SPD) in seiner Rede am Salvatorabend in Oldenburg deutlich unterstrichen. Inhaltlich überzeugend zog der Bundesverteidigungsminister die Leitlinie für die Verteidigungspolitik, äußerte sich zur derzeitigen militärischen Lage, sparte dabei aber auch nicht an konstruktiver Kritik. Einmal mehr betonte der Minister, dass Deutschland wieder kriegstauglich werden müsse, damit es gar nicht erst dazu komme. Abschreckung – auch und derzeit insbesondere gegen russische Aggressionen – sei ein zentrales Mittel. Für seine Worte gab es anhaltenden Beifall und viel Zustimmung.

Nicht nur Zustimmung findet das viel diskutierte Cannabis-Gesetz. Worauf das neue Gesetz abzielt und wie Aufklärung und Prävention gestärkt werden sollen, lest ihr oben auf Seite 2.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Ever 10.15

Bundestag verabschiedet Cannabis-Gesetz

Mehr Gesundheitsschutz durch kontrollierten Umgang

Nach langer politischer Auseinandersetzung hat der Deutsche Bundestag das Cannabis-Gesetz (CanG) verabschiedet und damit einen Paradigmenwechsel in der Cannabis-Politik eingeleitet. Durch einen neuen Umgang mit Cannabis sollen Aufklärung und Prävention gestärkt und Menschen nachhaltig geschützt werden.

Im Fokus des neuen Gesetzes stehen der Gesundheitsschutz sowie der Kinder- und Jugendschutz. Gleichzeitig soll der Schwarzmarkt eingedämmt, die Kriminalisierung der Konsumierenden beendet, die Qualität von Cannabis kontrolliert und die Weitergabe verunreinigter Substanzen verhindert werden. Mit der Umsetzung dieser Schritte lösen wir nicht nur ein Wahlversprechen ein, sondern er-

kennen ausdrücklich die gesellschaftliche Realität an. Entkriminalisiert wird der private Anbau, Besitz und Konsum durch Erwachsene. Konkret heißt das: Künftig soll der private Eigenanbau von bis zu drei Cannabis-Pflanzen erlaubt sein. Straffrei für Erwachsene wird der Besitz von 25 Gramm Cannabis sein. Außerdem soll ein gemeinschaftlicher, nicht gewerblicher Eigenanbau in sogenannten Anbauvereinigungen mittels behördlicher Erlaubnis möglich werden. Hier sind Mengen- und Qualitätskontrollen durch Behörden geplant. Für 18- bis 21-Jährige gilt hier zudem unter anderem eine niedrigere Abgabemenge. Mittels staatlich kontrolliert angebautem Cannabis in den genannten Anbauvereinigungen soll mitunter schwer gesundheitsschäd-

liches Cannabis vom Schwarzmarkt zurückgedrängt und gesundheitliche Risiken durch verunreinigte Substanzen reduziert werden.

Außerdem haben Ärztinnen und Ärzte die Möglichkeit, bürokratieärmer Cannabis zu verschreiben, da es aus dem Betäubungsmittelgesetz herausgenommen wird. Damit kann der kontrollierte Anbau von medizinischem Cannabis in Deutschland gestärkt werden.

Ich kann gut nachvollziehen, dass dieses Gesetz auch Verunsicherung auslöst. Klar ist: Die Abgabe an unter 18-Jährige bleibt strafbar, das Dealen mit Cannabis wird härter bestraft als zuvor und die Aufklärungsarbeit für junge Menschen wird intensiviert.

HINTER DEN KULISSEN

Praktikant Marc erhält interessante Einblicke

Von Westerstede nach Berlin

Transparent zu arbeiten, politische Entscheidungen nachvollziehbar und Politik greifbar zu machen – das ist mir wichtig. Deshalb arbeite ich gerne mit jungen Menschen zusammen. Ob bei Schulbesuchen oder im Rahmen von Praktika ermögliche ich gerne Einblicke in meinen Arbeitsalltag.

Zuletzt hat mich Marc, Schüler am Gymnasium Westerstede, zwei Wochen lang im Rahmen eines Schülerpraktikums zuerst in meinem Bundestagsbüro in Berlin und anschließend in meinem Wahlkreisbüro in Oldenburg unterstützt. Dabei konnte er viele Einblicke in die Arbeit eines Ab-

geordnetenbüros bekommen. In der Hauptstadt konnte der 16-Jährige Plenardebatten verfolgen, hautnah politische Diskurse miterleben, am Praktikantenprogramm teilnehmen und den parlamentarischen Ablauf im Deutschen Bundestag kennenlernen. Zwischen den Protesten der Landwirte, den Kundgebungen gegen Rechtsextremismus und mitten in der entscheidenden Phase des Bundeshaushalts hätte er sich keine spannendere Zeit aussuchen können.

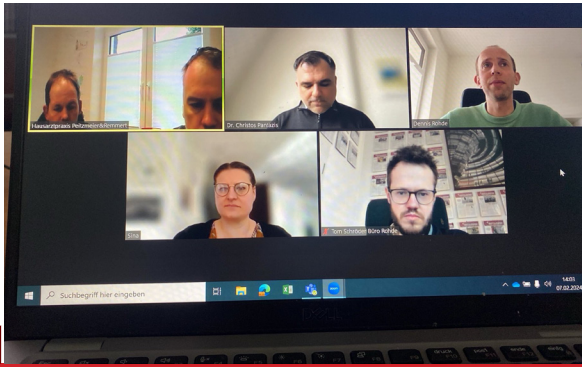
In Oldenburg und dem Ammerland konnte Marc meinen Wahlkreis besser kennenlernen. Bei Terminbeglei-

tungen war er mit Notizblock und Kamera dabei. Im Wahlkreisbüro hatte er die Möglichkeit, Recherchetätigkeiten nachzugehen, Auswertungen zu machen, Pressemitteilungen zu schreiben und an meinem Newsletter mitzuarbeiten.

Ich freue mich, dass sich junge Erwachsene wie Marc für die Politik im Allgemeinen und die Arbeit von Abgeordneten im Speziellen interessieren und freue mich, dass ich Einblicke in meine Arbeitswelt geben durfte.

Lieber Marc, ich bedanke mich für deine super Mitarbeit!





7. Februar – Austausch per Videokonferenz mit Hausärztinnen und Hausärzten aus dem Ammerland und meinem Kollegen Dr. Christos Pantazis MdB.



8. Februar – Das Thema Wohnungsbau war Teil der Diskussion beim Treffen mit dem SPD Ortsverein Eversten. Foto: Svenja Grebener



12. Februar – Zu Besuch an der IGS Kreyenbrück. Warum mir der Austausch mit jungen Menschen so wichtig ist, lest ihr auf Seite 4 unten.



15. Februar – Zum Jahresauftaktgespräch habe ich mich mit den OFFIS-Verantwortlichen getroffen, um über das Innovationsquartier (IQON) zu sprechen.

ONLINEZUGANGSGESETZ

Modern, digital, unkompliziert

Wir bringen die Verwaltungsmodernisierung voran

Im Bundestag haben wir eine Änderung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) beschlossen, um die Modernisierung der Verwaltung weiter zu beschleunigen. Ziel ist eine moderne und serviceorientierte Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen.

Im Jahr 2017 wurde mit dem Erlass des Gesetzes die Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen angeschoben. Das Änderungsgesetz soll diese Digitalisierung jetzt vorantreiben und das digitale Onlineangebot ausweiten. Einheitliche Standards sollen dafür sorgen, dass Verwaltungsleistungen unkompliziert online abgewickelt werden können. Dazu

zählt die Authentifizierung bei einem online gestellten Antrag ebenso wie Bezahlungen. Besonderer Fokus liegt auf der Abschaffung des sogenannten Schriftformerfordernisses. Dadurch soll es möglich werden, dass behördliche Anliegen vollständig elektronisch, das heißt ohne zusätzliche Unterschrift oder Dokumente in Papierform, erledigt werden können.

Im parlamentarischen Verfahren haben wir den Gesetzentwurf noch nachgeschärft, um Verbindlichkeit zu schaffen. Ab dem Jahr 2029 soll Bürgerinnen und Bürgern per Rechtsanspruch ein elektronischer Zugang zu den Verwaltungsleistungen des Bundes eingeräumt werden. Das

Innenministerium wird dazu in den nächsten zwei Jahren die Standards vorgeben.

Wichtig zu sagen ist, dass Verwaltungsdigitalisierung eine langandauernde Aufgabe bleibt. Register müssen verknüpft, einheitliche Datenstandards erstellt, Schnittstellen eingerichtet und funktionierende Identitäten geschaffen werden. Das sind nur einige der notwendigen Schritte hin zu einer kompletten Verwaltungsdigitalisierung. Regelmäßige Auswertungen und Datenevaluierungen werden zukünftig weiterhin eine entscheidende Rolle spielen, um das Digitalisierungsmanagement fortwährend zu optimieren.



Zu Besuch im Berufsbildungszentrum Handwerk

Mittel für überbetriebliche Maßnahmen

Auf Einladung der Kreishandwerkerschaft Ammerland habe ich das Berufsbildungszentrum Handwerk in Bad Zwischenahn besucht. Hier haben Auszubildende die Möglichkeit, sogenannte überbetriebliche Unterweiskurse zu besuchen, die zum verpflichtenden Teil jeder Ausbildung gehören. Was mich besonders freut: Die Bildungsstätte bietet diese Kurse für Auszubildende aus Oldenburg, Ostfriesland, Osnabrück-Emsland/Grafschaft Bentheim und Bremen an und erzeugt damit überregionale Strahlkraft. Bei meinem Besuch konnte ich angebotene Kurse besuchen und dabei im Gespräch mit Auszu-

bildenden und Auszubildenden interessante Einblicke erhalten.

In den Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2024 habe ich mich dafür eingesetzt, dass 11 Millionen Euro mehr und damit insgesamt 70 Millionen Euro in die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung investiert werden. Ich bin davon überzeugt, dass diese Unterweisungen ein elementarer Bestandteil einer guten Ausbildung sind. Denn: Einige Arbeiten können in den Betrieben einfach nicht erlernt werden, da etwa die Zeit dafür in der Praxis fehlt. Diese Arbeiten sind für den Beruf aber elementar.



Wenn wir als Abgeordnete in Berlin tagen, könnt ihr **live dabei sein**, ohne im Plenarsaal sitzen zu müssen.

Im **Parlamentsfernsehen** werden alle Plenardebatten, Reden sowie viele öffentliche Ausschusssitzungen live und ungekürzt übertragen.

Auf meiner Website biete ich unter der Kategorie *Berlin/Reden* die Videoaufzeichnungen meiner Redebeiträge nach Datum sortiert zum Nachgucken an. Das Videomaterial wird in der Regel noch im Verlauf desselben Sitzungstages veröffentlicht und von meinem Team auf meiner Homepage hochgeladen.

Ich freue mich, wenn ihr mal reinschaut und diese Informationsplattform nutzt!

Im Austausch mit Neuntklässlern der IGS Kreyenbrück

Politik vermitteln, erleben, greifbar machen

Zu wissen, wie Entscheidungen in der Politik ablaufen, wie demokratische Mehrheitsbildung funktioniert und welche Interessen dabei eine Rolle spielen, hängt maßgeblich davon ab, wie Politik vermittelt und erlebt wird. Mit Schülerinnen und Schülern des 9. Jahrgangs der IGS Kreyenbrück durfte ich bei einem Schulbesuch über komplexe Themen wie den Klimawandel, die Inflation und den Bundeshaushalt sprechen. Fragen kamen von den Jugendlichen aus dem Oldenburger Stadtsüden auch zu The-

men wie bezahlbarer Wohnraum, Arbeitsplätze in der Region und die drohende Gefahr von rechts. Solche Veranstaltungen zeigen immer, wie wichtig es ist, junge Menschen mitzunehmen, Distanzen abzubauen und aufzuklären. Nur wer sich auskennt, der ist in der Lage, eigene Standpunkte in politischen Diskussionen zu beziehen und selbst Verantwortung zu übernehmen. Daher mein Appell an alle Schülerinnen und Schüler: Macht die Augen auf, passt gut auf, seid kritisch und bringt euch ein!

**DIREKT GEWÄHLT -
DIREKT ANSPRECHBAR!**

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227 72 800
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg
Telefon 0441 99 86 76 01
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

www.dennisrohde.de
facebook.com/dennis.rohde
instagram.com/dennis_rohde